



## Wo bleibt die Demut?



Auch am dritten Morgen nach der Wahl ist das Ergebnis noch im Nebel versteckt. 466 ungeöffnete Wahlbriefe sind gestern überraschend aufgetaucht. Eine geringe Zahl, möchte man meinen. Da die SPD aber nur 105 Stimmen Vorsprung auf die Grünen hat, könnten diese Wahlbriefe entscheidend dafür sein, wer Regierende Bürgermeisterin wird bzw. bleiben kann. **Franziska Giffey** oder doch **Bettina Jarasch**. Sicher scheint zu sein, dass die Wahlverlierer SPD, Grüne und Linke weiter in einer Koalition bleiben wollen.

Wahlergebnisse kann man interpretieren. Rot-Grün-Rot hat zwar im Gegensatz zu 2021 5,4 Prozent verloren, aber immer noch eine knappe Mehrheit von 49 Prozent und stellt 90 der 149 Abgeordneten. Wie wir wissen, regieren letztlich nicht diejenige, die die meisten Stimmen gewonnen haben, sondern diejenigen, die eine parlamentarische Mehrheit schmieden können. Auch wenn es unverständlich ist und viele Menschen ärgert, ist es demokratisch.

Demut ist bei den Verlierern derzeit nicht zu erkennen, ganz im Gegenteil. Die amtierende Koalition soll offenbar auf Gedeih und Verderb fortgesetzt werden. Eine Koalition, die immer wieder durch Streitigkeiten aufgefallen ist, nicht erst seit 2021. Die Koalitionäre müssen sich doch bitte nur mal die Zahlen der Wählerwanderungen anschauen. Es gab eine regelrechte Fluchtbewegung zur CDU. Es flohen von der SPD 60.000 zur CDU, von den Grünen 17.000 und von der Linken 11.000.

Werden diese Zahlen nicht als Quittung wahrgenommen? Dass **Franziska Giffey** argumentiert, sie sei 2021 für fünf Jahre gewählt worden und möchte erst nach dieser Zeit vom Wähler beurteilt werden, kann man verstehen. Aber auch nach dreizehn Monaten kann sich der Wähler schon ein Urteil bilden. Nur 23 Prozent in der aktuellen **Infratest dimap**-Umfrage finden, dass die SPD seit 2021 Berlin vorangebracht hat, 30 Prozent meinen dies für den Zeitraum von 20 Jahren, in denen die SPD „führende Kraft“ in Berlin war. Zur Wahrheit gehört allerdings auch, dass nur 31 Prozent glauben, die CDU mache es besser.

2011 übernahm **Raed Saleh** den SPD-Fraktionsvorsitz von **Michael Müller**. Da stand die SPD bei 28,3 Prozent, zwölf Jahre später sind es noch 18,4 Prozent. Die Schuld für den Niedergang allein den Regierenden Bürgermeistern zuzurechnen, greift zu kurz. Der Fraktionsvorsitzende, vor allem, wenn er Saleh heißt, spielt eine entscheidende Rolle. **Warum ist Saleh, der seit 2020 auch Parteivorsitzender ist, nicht spätestens am Montagmorgen zurückgetreten?**

Die Ränkespiele von Saleh bleiben doch dem Wähler nicht verborgen. 2021 machte Saleh **Tino Schopf** zum Staatssekretär, damit dieser auf sein gewonnenes Abgeordnetenhausmandat zugunsten des Nachrücker **Torsten Schneider** verzichten musste. Schneider ist der wichtigste Mann an Salehs Seite. Diese Mühe muss sich Saleh diesmal nicht machen, weil Schneider aus eigener Kraft über die Bezirksliste Pankow ein Mandat erlangte. **Tino Schopf** ist einer von vier Sozialdemokraten, die ein Direktmandat gewonnen haben. Als Staatssekretär kann er es eigentlich nicht annehmen. Saleh wird eine Lösung finden. **Die Zeit für Saleh ist jedoch spätestens jetzt abgelaufen.** Vermutlich wird ihn aber die Fraktion wieder zu ihrem Chef wählen, obwohl es geeignetere Kandidaten gibt.

Wer wo direkt gewonnen hat, zeigt diese Grafik:

<https://www.rnd.de/politik/berlin-wahl-2023-ergebnisse-in-allen-wahlkreisen-giffey-verliert-direktmandat-MNC55DJCU5ASVHJLAZATKRSW5I.html>

Diese Wahl hat gezeigt, dass die Menschen genug haben von all den Streitigkeiten und Problemen, von dem, was nicht funktioniert und hängenbleibt zwischen den Zuständigkeiten von Senat und Bezirken. Die Wahl 2021 ist mit Ansage vergeigt worden. Die Corona-Regeln waren wichtiger als eine ordentliche Wahl. Die Liste dessen, was nicht funktioniert hat, ist lang. Dass die Landeswahlleiterin **Petra Michaelis** zurücktrat, war doch keine ernsthafte Konsequenz. Frau Michaelis ist Landesbeamtin und jetzt in einer anderen Behörde tätig. Ihr allein die Schuld zu geben, greift zu kurz, denn versammelt wurde die Wahl 2021 in den Bezirken. Ist irgendein zuständiger Stadtrat deshalb zurückgetreten? Der Kopf von Innensenator **Andreas Geisel** wurde aber lautstark gefordert, obwohl er für die Durchführung der Wahl nicht zuständig war, aber die Dienstaufsicht hatte. Ob sein Rücktritt das SPD-Ergebnis vom 12. Februar besser hätte aussehen lassen, ist fraglich.



## Tragisch

Kaum jemand hat Mitleid mit Politikern, ich schon. Es ist tragisch, dass der Sozialdemokrat **Dennis Buchner**, der sich als Parlamentspräsident gut gemacht hat, jetzt seinen Posten räumen muss. Tragisch auch, dass dem Parlament jetzt zwei ausgewiesene Innen- und Sicherheitsexperten fehlen werden, **Tom Schreiber** (SPD) und **Benedikt Lux** (Grüne). Beide waren seit 2006 Mitglied des Abgeordnetenhauses.

Ich weiß, dass das Ausscheiden der FDP aus dem Abgeordnetenhaus vielen am Gesäß vorbeigeht. Ich finde es schade, nicht nur wegen des oft hohen Unterhaltungswerts der FDP-Abgeordneten. Aber selbst die Autofahrer haben dann doch lieber die CDU gewählt, 37.000 FDP-Wähler sind zur CDU gegangen.

## Dringender Handlungsbedarf

Kein Mensch versteht, dass es einen Unterschied geben kann zwischen den Mehrheitsverhältnissen in den Bezirksverordnetenversammlungen und den Bezirksämtern. Dass eine Wiederholungswahl gesetzlich nicht vorgesehen ist, kann kein Grund sein, alles so zu belassen.

Der **rbb** berichtete gestern: „Einen Rücktritt gibt es für Bezirksbürgermeister nicht“, sagt **Oliver Igel** von der SPD, der das Rathaus in Treptow-Köpenick leitet. „Mit Blick auf das Bezirksverwaltungsrecht stimmt das – doch ein freiwilliger Verzicht auf den Posten ist nicht völlig unmöglich. Genau darüber müsse man nun sprechen, räumt Mittes Bezirksbürgermeisterin **Stefanie Remlinger** (Grüne) im **rbb** ein. „Ich möchte, dass wir uns da überbezüglich auf eine Linie verständigen, sowohl die SPD als auch wir, die Grünen.“

„Könnte also sein, dass demnächst ganze Bezirksämter inklusive Bürgermeister um Entlassung bitten, um sich danach erneut einer Wahl in ihren jeweiligen Bezirksverordnetenversammlungen zu stellen. „Dass die CDU da ein legitimes Interesse hat, ist doch klar“, so Remlinger.“

„Im Fall einer vorzeitigen Abberufung erhält das Bezirksamtsmitglied Ruhegehalt nach beamtenversorgungrechtlichen Regeln“, heißt es in einem Gutachten des Abgeordnetenhauses, und zwar „bis zum Ablauf der Amtszeit.“ Wer also nach der Wiederholungswahl seinen Posten als Bezirksstadtrat oder Bürgermeister verliert, „erhält noch bis 2026 rund 71 Prozent seines Gehalts ausgezahlt.“ „Das sind dann Kosten der Demokratie“, sagt der CDU-Stadtrat aus

Neukölln, **Falko Liecke**, der gern Bezirksbürgermeister werden möchte. Auch in Neukölln ist die CDU jetzt stärkste Partei mit 27,2 Prozent vor der SPD mit 24,1 Prozent. Lieckes CDU hat 10,9 Prozent dazugewonnen, die SPD 6,3 Prozent verloren, und das bei dem angeblich so beliebten Bürgermeister **Martin Hikel**. Mit Silvester ist offenbar das Fass des Erträglichen für die Neuköllner übergelaufen.

Die meisten Bezirksamtsmitglieder würden ohnehin wiedergewählt werden. Die Zahl derer, die durch die neuen Mehrheitsverhältnisse ausscheiden müssten, hält sich in Grenzen, somit auch die „Kosten der Demokratie.“ Auch wenn das Wort „Versorgungsansprüche“ bei vielen eine Schnappatmung auslöst, kann man nicht ernsthaft dagegen sein, dass auch Politikern erworbene Ansprüche zustehen. Die Höhe und der Zeitraum, in dem diese Ansprüche erzielt werden, stehen auf einem anderen Blatt, das einer Bearbeitung bedarf.

## Nachtrag zu den 466 Wahlbriefen

Der **Tagesspiegel** meldet soeben, dass heute um 09:30 Uhr die 466 Wahlbriefe im Bezirkswahlamt, Möllendorfstraße 6, 10367 Berlin, öffentlich ausgezählt werden.

**Tagesspiegel Checkpoint:** „Das Problem wurde leider von der Deutschen Post verursacht und das Wahlamt trifft keine Schuld“, hatte Stadtrat **Kevin Hönicke** (SPD) am Dienstag schnell einen Schuldigen gefunden – nur um sich zwei Stunden später kleinlaut zu korrigieren: „Der Fehler liegt nicht bei der Deutschen Post, sondern bei der Poststelle des Bezirkes.“ Dort hat ein Kurierfahrer die Briefe am Freitagnachmittag angeliefert – laut Checkpoint-Informationen jedoch niemanden mehr angetroffen. Natürlich hätte die Post auch am Samstag noch zum Wahlamt weitergeleitet werden können. Doch wurde für die Postverteilstelle offenbar keine Mehrarbeit fürs Wochenende angeordnet, wie es in Behörden nötig ist. Die hunderten roten Wahlbriefe blieben liegen. Am Ende bekommt Berlins Verwaltung zumindest ihre Pannen immer noch selbst organisiert.“

Wie wäre es denn, wenn wenigstens dieser unsägliche Schwätzer **Kevin Hönicke**, Vize-Bürgermeister und Stadtrat für Bürgerdienste und Stadtentwicklung in Lichtenberg, zurückträte? Irgendwer muss doch endlich mal anfangen Konsequenzen zu ziehen.

**Ed Koch**